

Szenario für das nächste Jahrhundert, das eine Runde aus 500 Topmanagern und Politikern im September 1995 in den USA entwickelte. Es besteht zwar noch Hoffnung, daß dieses Szenario nicht Wirklichkeit wird, aber die in diesem Jahr vorgelegte Studie von Caritas und Diakonie zeigt, daß die sozialen Auswirkungen des Einigungsprozesses, deren Wohlstandsgewinnler im Wesentlichen im Westen leben, einen bereits jetzt in vielen Regionen wachsenden „joblosen Rest“ zurückläßt. Fast jeder vierte junge Mensch im Alter zwischen 16 und 24 Jahren ist auf Sozialhilfe angewiesen; neben den Jungen gehören zu den Verlierern Frauen, Geschiedene, Alleinerziehende und kinderreiche Familien; auf 10 Sozialhilfeempfänger kommen siebzehn Arme, denen - laut Untersuchung - niemand sagt, welche Unterstützung ihnen zusteht. „Es ist eine vorher in dieser Art nicht vorhandene neue Schicht von ausgegrenzten und entmutigten Menschen entstanden“, sagt der Report der Kirchen (zitiert nach C. Schneider, Die Einheit gewonnen und doch ausgegrenzt, Süddeutsche Zeitung, 15.5.97.) . Viele andere Untersuchungen haben in den letzten Jahren die wachsende Armut von Kindern und Jugendlichen auch für den Westen der Bundesrepublik beschrieben, und zwar insbesondere für die Schwerpunktregionen der Arbeitslosigkeit.

Diese Situation der Jugend, die strukturelle Bedrohung ihrer Perspektiven, erfährt eine vergleichsweise geringe öffentliche Beachtung. Zwar ist die „Lehrstellen - Lücke“ in jedem Jahr wieder ein Thema und animiert zu Appellen an die „Verantwortung der Wirtschaft“, aber im öffentlichen Bewußtsein und seinem Ausdruck in den Medien wird Jugend durch andere Attribute geprägt: durch den der Jugend zugeschriebenen Hedonismus, den Drogengebrauch und die Drogensucht und eben immer häufiger durch die Gewaltbereitschaft und Kriminalität. Nicht die gesellschaftliche Ausgrenzung immer größerer Teile der Jugend, ihre wachsende Zukunftslosigkeit, beschäftigt die politischen Parteien im beginnenden Vorwahlkampf zur Bundestagswahl 1998, sondern das

Thema, wie man mit zunehmender Gewaltbereitschaft von Jugendlichen zukünftig umgehen wolle. Nicht die Armut von Kindern, sondern deren Auffälligkeiten machen besorgt. Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Jugend wird von einer Neuaufgabe ordnungspolitischer Programmatik zum Umgang mit der Jugend begleitet.

Das Bemühen um die Integration der Jugend läuft also heute nicht nur ein hohes Risiko, die gesellschaftliche Integration wird auch nicht mehr als eine Aufgabe betrachtet, die als eine gesamtgesellschaftliche zu begreifen ist. Es gibt vielmehr erdrückende Belege einer massenhaften gesellschaftlichen Ausgrenzung der Jugend. Eine Ordnungspolitik, die mit dieser Hypothek Normtreue garantieren soll, steht deshalb vor fast unlösbaren Aufgaben. Die Politik, von der der Bürger die Sicherheit für Hab und Gut und Leben erwartet, hat also wohl mit gewissem Recht Jugend als Sicherheitsrisiko entdeckt: Wenn die Jugend denn nicht besonders kriminell ist, nicht viel mehr als sonst jedenfalls, so fragt man sich doch eigentlich, weshalb nicht oder ob vielleicht nur „noch nicht“? Und insoweit stehen die Forderungen für eine verschärfte Anwendung der Gesetze, eine Erziehung in der Jugendhilfe unter den Bedingungen des Einschlusses und für eine Ausweitung der Kontrolldichte in die Kindheit hinein an der Stelle einer wachsenden Ratlosigkeit, wie man denn die junge Generation, der man längst nicht immer eine Zukunft anzubieten hat, in der Gesellschaft halten sollte.

Vielleicht kommt es deshalb bei Forderungen nach Verschärfung der Sanktionen und Intensivierung der Kontrolle auch nicht primär darauf an, ob sie zum gewünschten Erfolg führen. Das ist nämlich mitnichten der Fall und dies ist sattsam bekannt. Die in den letzten Jahren seltener verhängte Jugendstrafe weist eine Rückfallquote zwischen 80 und 90% auf; die Rückfallquote aller Verurteilungen vor dem Jugendgericht liegt dagegen nur zwischen 5 und 15%, was nach Auffassung des Vorsitzenden des